

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Renate Ackermann, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Handlungsprogramm Kulturwirtschaft

Der Staat als Auftraggeber: Kunstfonds „Kunst am Bau“ und Ankaufetats der Museen (13)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die geltenden Richtlinien hinsichtlich „Kunst am Bau“ zu ändern und mit 0,75 Prozent der Baukosten staatlicher Bauvorhaben künftig einen Kunstfonds zu speisen, dessen Mittel ohne Bezug zu den einzelnen Gebäuden frei vergeben werden können.

Die Ankaufetats der staatlichen Museen sind so zu erhöhen, dass die Sammlungen sinnvoll ergänzt werden können und ihre Attraktivität erhalten bleibt.

Begründung:

Die Praxis der „Kunst am Bau“ steht seit langem in der Kritik. Unabhängig von oft berechtigten ästhetischen Einwendungen wird die Bindung der Kunst an die je einzelnen Hochbauvorhaben moniert. Mangels geeigneter Entwürfe werden auch häufig die vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Prozent der Bauwerkskosten nicht ausgegeben. Bei weniger prestigeträchtigen und repräsentativen Baumaßnahmen wird gleich ganz auf die Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern verzichtet. Hamburg hat deshalb bereits 1966 seine Richtlinien verändert und die Mittel in einen zentralen Topf einfließen lassen. Auch München hat mit dem Kunst-am-Bau-Programm QUIVID einen eigenen Weg beschritten, der nachahmenswert ist. Nicht nur bei Kulturbauten und Schulen, sondern auch bei Grünanlagen und Platzgestaltungen, zuweilen selbst bei Kanalbauten werden Künstlerinnen und Künstler einbezogen. In den Mittelpunkt der Auswahl der Kunst rückt – wie die Aufgabe von QUIVID beschrieben wird – „die durch Funktion und Nutzung bestimmte Spezifik der Orte“. Damit wird die starre und unflexible Fixierung der Kunst auf das solitäre Gebäude aufgehoben.

In den letzten Jahren wurden die Zuwendungen für Neuerwerbungen der staatlichen Museen stetig gesenkt. Allein von 2008 auf 2009/2010 fiel der Neuerwerbsetat von 2,15 Mio. Euro um 950.000 Euro auf 1,2 Mio. Euro. Die Sammlungen drohen an Wert zu verlieren und an Attraktivität einzubüßen, mit der Gefahr für die Museen von rückläufigen Besucherzahlen. Umgekehrt steigt die Abhängigkeit von Mäzenen und Sammlern, was im Konfliktfall für die Museen bedeutet, wie mehrere Beispiele in der Vergangenheit gezeigt haben, wichtige Werke wieder zurückgeben zu müssen.